

N i e d e r s c h r i f t

**der Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am
18.02.2004**

öffentlich

Ort: Raum 105/107 (Ratshof), 06120 Halle, Marktplatz 1

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hannelore Blumenthal	UBF	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dietmar Klimek	PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	PDS	
Frau Barbara Scheller	SPD	
Herr Dieter Lehmann	CDU	als Gast
Herr Hartmut Hoffmann	SKE	bis 18.20 Uhr
Herr Klaus Hüsing	SKE	
Herr Swen Knöchel	SKE	
Frau Claudia Pfeiffer	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Eberhard Doege		
Herr Dr. Friedrich Franke		
Frau Annett Groß		
Herr Martin Heinz		
Herr Frank Helmenstein		
Herr Hans-Joachim Kloppe		
Herr Blechschmidt		
Frau Elke Rost		

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Strauch	SPD
Herr Manfred Schuster	HAL
Frau Ursula Schmiedel	SKE

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Fortsetzung der Beratung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. April 2003
Vorlage: III/2003/03498

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Blumenthal – UBF - , eröffnete und leitete die Sondersitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Auf Nachfrage gab es keine Ergänzungen zur Tagesordnung. Diese wurde in der vorliegenden Fassung bestätigt.

**zu 3 Fortsetzung der Beratung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale)
zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. April 2003
Vorlage: III/2003/03498**

Die Verzögerung in der Beratungsfolge der Beschlussvorlage ist entstanden, da die Behandlung dieses TOP in den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.09.2003, 25.11.2003 und 22.01.2004 aufgrund der jeweiligen Beschlusslage abgesetzt wurde.

Für die Teilbereiche B – Steintorvariante – und – Tiefgarage Hansering – war ein Austauschblatt mit der aktuellen Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle bereits zur Sitzung am 25.11.2003 zur Verfügung gestellt worden. Die Anlagen 1 – 10 der Stellungnahme des Geschäftsbereiches Planen, Bauen und Straßenverkehr vom 11. November 2003 zum Thema Tiefgarage Hansering waren mit der Einladung zur Sondersitzung (Nichtöffentlicher Teil TOP 1) zugeleitet worden. Damit lag die Stellungnahme vollständig vor und konnte nunmehr im Rechnungsprüfungsausschuss erörtert werden.

Darüber hinaus wurden bereits in der Rechnungsprüfungsausschuss-Sitzung vom 09.09.2003 folgende Fragestellungen formuliert:

Zum Teilbereich B – Steintorvariante - :

Frage des Herrn Misch – CDU - :

Warum geht die Verwaltung so großzügig mit Vertragsverlängerungen um ?

Frage des Herrn Geuther – CDU - :

Inwieweit hat die Stadt Halle die vertraglichen Maßnahmen gesichert?

Frage des berufenen Bürgers – Herrn Knöchel - :

Sind außer der Verwaltung weitere Gremien beteiligt worden? Und war dieses erforderlich?

Der Beigeordnete Herr Doege sowie die Fachbereichsleiter Herr Helmenstein und Herr Dr. Franke bezogen eingehend zu diesen Fragen Stellung.

In den Ausführungen wurde auch auf die dem Stadtrat bekannte historische Entwicklung der Umstände im Vorfeld des Vertragsabschlusses hingewiesen und insbesondere auf die Zielstellungen der Investitionsmaßnahme sowohl im Rahmen der Wirtschaftsförderung hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch der zweckentsprechenden Nutzung der traditionsreichen Immobilie abgestellt.

Nach ausführlicher Erörterung der defizienten Thematik bemerkten u.a. die Stadträte/in Frau Weiß, Herr Geuther und Herr Misch übereinstimmend, die Verwaltung zu veranlassen, die Stellungnahme zum Landesrechnungshofbericht um die vorherigen Ausführungen zu ergänzen bzw. entsprechend dem derzeitigen Bearbeitungsstand zu aktualisieren. Diesem Begehren wurde überwiegend zugestimmt.

Der Beigeordnete Herr Doege sicherte daraufhin die Überarbeitung der Stellungnahme hinsichtlich einer detaillierteren und aktualisierten Fassung der Beantwortung der Fragestellungen zu.

Die Beratung zu der Stellungnahme der Stadt Halle zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11.04.2003 ist damit in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 20.04.2004 fortzusetzen, zumal der nunmehr damit befasste Fachbereichsleiter des Fachbereiches Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit durch seine originäre Aufgabenbelastung nicht in der Lage ist, die notwendigen Bearbeitungsschritte vor Ablauf eines Monats zu realisieren.

Zur Verwendung von durch die Stadt Halle ausgereichten Darlehensmittel für denkmalschutzbedingte Mehraufwendungen berichtete der Beigeordnete Herr Doege zum Sachstand, indem er auf die Prüfung des Baustandsberichtes - Stand 31.12.2003 - einging.

Die Frage des berufenen Bürgers, Herrn Knöchel, nach einer möglichen rückwirkenden Verzinsung des gewährten Darlehens bei nachgewiesener nicht zweckentsprechender Verwendung der Mittel wurde vom Ratsherrn Misch aufgegriffen. Er empfahl in diesem Zusammenhang, bei den weiteren Verhandlungen mit dem Investor auch die Verzinsung zu thematisieren.

Zum Teilbereich C – Tiefgarage Hansering - :

Fragen des Herrn Misch – CDU - :

In der Vergangenheit hat bereits zu dieser Thematik eine Akteneinsicht zusammen mit Herrn Sänger – CDU – stattgefunden, die in umfangreichen Fragestellungen einmündete. Warum wurden seinerzeit seitens der Verwaltung nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen ?

Führt ein rechtswidrig zustande gekommener Vertrag (Verstoß gegen Satzungen etc.) automatisch zur Nichtigkeit ?

Hierzu wird eine ausführliche rechtliche Würdigung der Vertragskonstellation seitens der Verwaltung erwartet.

Welche Möglichkeit besteht seitens der Stadt Halle, die in Rede stehenden Mittel zurückzufordern?

Frage des berufenen Bürgers Knöchel:

Die Stadt hat aus Gründen der Wirtschaftsförderung auf Einnahmen in Höhe von 3.150.000 DM verzichtet. Inwieweit waren hier Gremien und wenn ja, welche beteiligt? Welche hätten beteiligt werden müssen? Wer ist dafür verantwortlich?

Ergänzend zu den schriftlichen Ausführungen vom 11.11.2003 erörterten Herr Helmenstein und Herr Heinz die rechtliche Stellung der Stadt sowie deren Auswirkungen für die Zukunft und gingen auf weitere Fragen und rechtliche Bedenken der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses erschöpfend ein.

Der Ratsherr Misch und der berufene Bürger, Herr Knöchel, äußerten sich im Verlaufe der Diskussion kritisch über die seinerzeit nicht herbeigeführte Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Die Anfrage von Herrn Knöchel an die Verwaltung bezüglich einer Prüfung von möglichen strafrechtlich und disziplinarrechtlich relevanten Sachverhalten bzw. Regressansprüchen, die

sich aus den Feststellungen im Bericht des Landesrechnungshofes ableiten lassen, wurde von Frau Dr. Schöps – berufene Bürgerin – unterstützt. Es wurde an dieser Stelle ausdrücklich betont, dass über das Ergebnis der Prüfung im Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten ist.

Beschluss:

Die förmliche Beschlussempfehlung konnte vom Rechnungsprüfungsausschuss nach umfangreicher Befassung mit der Thematik nicht ausgesprochen werden, zumal weiterer Beratungsbedarf besteht.

Nach überwiegender Auffassung der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses ist die Vorlage zu ergänzen und in die Sitzung am 20.04.2004 in der überarbeiteten Fassung zur Beschlussempfehlung erneut einzubringen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Hannelore Blumenthal
Ausschussvorsitzende

Elke Rost
Protokollführerin